



## Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates  
18. Februar 2025, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Punkt 9 der Tagesordnung: Asylbewerber zur Durchführung gemeinnütziger Tätigkeiten in der Stadt Karlsruhe einsetzen

Antrag: AfD

Vorlage: 2024/1338

## Beschluss:

Ablehnung des Antrags

## Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Ablehnung (5 JA-Stimmen, 41 Nein-Stimmen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Januar 2025.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Der Vorschlag, Asylbewerber für gemeinnützige Tätigkeiten einzusetzen, ist nicht neu. Die Bundesregierung hat in den Jahren 84 und 85 zu dieser Frage Stellung genommen und damals gesagt, dass die Heranziehung von Asylbewerbern zu gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeiten und einer damit eventuell sogar verbundenen Kürzung oder Versagung der Hilfe zum Lebensunterhalt keinen Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit darstellt und dass die angebotene Gelegenheit zu gemeinnütziger Arbeit dazu dient, die Arbeitsfähigkeit und Bereitschaft auch im Hinblick auf eine künftige Erwerbstätigkeit zu fördern. Das hat also die Bundesregierung Mitte der 80er Jahre betont. Wir haben einen ganz ähnlichen Antrag 2021 bereits gestellt als AfD-Fraktion, und dann war es so, dass letztes Jahr im Februar/März der Herr Heil, Arbeitsminister für die SPD, gesagt hat, dass Kommunen Asylbewerber, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten können, ist geltendes Recht. Und er hat dazu gesagt, dass es sinnvoll ist, Menschen während der mitunter langen Wartezeit in Sammelunterkünften zu beschäftigen. Das passt also genau für Karlsruhe. Wie gesagt, es war der Herr Heil, Arbeitsminister von der SPD. Das war Ende Februar 2024. Am 31. März hat dann die CDU-Fraktion Stuttgart in Stuttgart einen ganz ähnlichen Antrag gestellt, nämlich Arbeitspflicht für Asylsuchende zeitnah in Stuttgart umsetzen, also praktisch einen ganz ähnlichen Vorschlag, wie wir ihn jetzt machen, hat damals die CDU im Stuttgarter Gemeinderat gestellt.

Es gibt klare rechtliche Grundlagen, die haben wir auch in unserer Begründung benannt, die dazu dienen, Asylbewerber einzusetzen für gemeinnützige Tätigkeiten. Wir sind der Meinung, dass es den Asylbewerbern auch hilft, wenn sie das in Anspruch nehmen, und wir sind der Meinung, dass man die Auswahl der Tätigkeiten sorgfältig durchführen muss. Deswegen beantragen wir jetzt nicht, dass das Ganze sofort eingeführt wird, sondern wir beantragen erst einmal, dass ein Konzept erstellt wird von der Stadt, das auch beinhaltet zu schauen, welche Tätigkeiten von den Asylbewerbern übernommen werden können. Wir glauben, dass wir damit auch den Asylbewerbern helfen können, weil sie nämlich dann besser in den Arbeitsmarkt reinkommen. Deswegen bitten wir um Zustimmung für unseren Antrag, vielen Dank.

**Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):** Nach dem Motto, versuchen wir es doch vier Jahre nach dem letzten Scheitern noch einmal, stellt die AfD heute den gleichlautenden Antrag wie im Juni 2021. Und wieder muss die Verwaltung über die rechtliche Zuständigkeit beim Thema Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber\*innen aufklären und sie über den in Frage kommenden Personenkreis, von dem sie reden, informieren. Es sind aktuell gerade drei Personen, die infrage kämen. Ein differenzierter Blick auf die heterogene Gruppe der Asylbewerber\*innen und ihre unterschiedlichen Zugänge zum Arbeitsmarkt hätte Ihnen und uns Ihren Antrag erspart. Im Vergleich zum Antrag von 2021 ist Ihre Tonalität jedoch schärfer und abwertender. Es geht wiederholt um die Arbeitswilligen unter den Asylbewerber\*innen und um die Untätigen. Für Sie soll die Stadt ein Konzept erstellen, mit dem letztlich auch die eine Arbeitspflicht mit harten Sanktionsmöglichkeiten eingeführt werden kann. So wird suggeriert, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die eigentlich faul und arbeitsunwillig sind, die zum Arbeiten gezwungen werden müssen. Das ist zynisch und menschenverachtend, und es straft jeder Erfahrung und Fachexpertise Lügen. Inzwischen ist hinreichend bekannt, dass für Menschen im Asylverfahren der rechtliche Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt bzw. enorm erschwert ist.

Sie argumentieren noch dazu scheinheilig, dass die Zwangsverpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit für 0,80 Euro pro Stunde auch ein Schritt zu einer besseren Integration sei. Das ist lächerlich. Sie versuchen seit Jahren, mit jedem Ihrer Anträge Integration zu verhindern. Statt einer Arbeitspflicht brauchen wir ein Recht auf Arbeit, eine Beschäftigung, die angemessen bezahlt wird und damit wirtschaftliche Selbstständigkeit und Integration fördert. Die Integration in den Arbeitsmarkt muss so früh und so gut wie möglich erfolgen. Wir danken der Stadt für ihre Stellungnahme. Sie zeigt deutlich auf, dass wir weder spezielle Konzepte noch stigmatisierende Sonderkategorien für Asylbewerber\*innen brauchen. Stattdessen müssen wir mit den verantwortlichen Stellen alle Bürger\*innen gleichermaßen bei einer gelingenden beruflichen Perspektive unterstützen, vielen Dank.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Eigentlich ist es traurig, denn die AfD hat genau das erreicht, was sie wollte, gezielt noch mal kurz vor dem Bundestagswahlkampf drei Themen platziert, wo wir uns alle jetzt auch darüber echauffieren und ärgern. Also, Sie haben ihr Ziel erreicht, wir wissen es, aber ich denke, es ist trotzdem extrem wichtig, dass wir uns dazu äußern und Ihnen einfach auch die Maske vom Gesicht reißen, denn was sie hier probieren, das ist einfach zu billig. Die Kollegin Sardarabady hat es Ihnen eben gesagt. Sie kommen mit dem gleichen Antrag noch einmal. Die Totalität ist schärfer geworden. Warum? Weil Sie es auch noch mal direkt vor dem Wahlkampf brauchen. Aber wissen Sie, was Sie ganz besonders machen? Sie zeigen auch immer mehr Ihre Unwissenheit, weil es Ihnen gar nicht

um das Thema geht. Sie wissen überhaupt nicht, Sie werden rechtlich belehrt, dann reden Sie wieder dagegen. Sie zitieren Gesetze, aber Sie interpretieren sie auf Ihre Art und Weise. Sie zitieren Menschen wie Herrn Heil oder auch die CDU Stuttgart, aber Sie interpretieren sie auf Ihre Weise. Das ist nicht richtig. Sie können interpretieren, was Sie wollen, aber Sie machen es einfach nur, weil Sie weiter spalten wollen und weil Sie weiter Hetze betreiben wollen.

Wenn es Ihnen darum gehen würde, und da sind wir gerne dabei, und das hat die Kollegin eben auch gesagt, ein Recht auf Arbeit, da sind wir alle sofort dabei und gerne auch früher, dann müssen wir aber auch die Voraussetzungen dazu schaffen. Aber Sie suggerieren Lösungen, die es gar nicht gibt, weil Sie einfach nur eins wollen, Sie wollen das Problem stigmatisieren, da sind die diese Asylbewerber. Dass wir aber, und das wissen Sie wahrscheinlich nicht einmal, dass wir in Karlsruhe sogar schon hervorragende Projekte haben, wie wir versuchen, solche Leute in den Arbeitsmarkt zu bekommen, ich empfehle ihnen zum Beispiel das Tandemprojekt Perspektive Now! Das haben Sie wahrscheinlich noch nie gehört, weil es Sie auch gar nicht interessiert. Sie interessiert nur, das sind die Schlimmen, und das müssen wir jetzt hier auch noch einmal direkt sagen. Und dieses zieht nicht, deswegen müssen wir jetzt Ihnen sogar jedes Mal hier ein bisschen etwas vorbeten. Aber ich glaube, Sie werden damit keinen Erfolg haben. Diese Art von Politik ist menschenverachtend, und die teilen wir nicht, danke.

**Stadtrat Tröndle (SPD):** Das war das wieder, das Stöckchen, das uns die AfD hinhält. Und wir, die Gutmenschen, wir springen auch drüber. Dabei hätten wir doch uns einfach an den Satz aus der Bergpredigt im Matthäusevangelium halten können. „Es sei aber eure Rede: Ja, ja; nein, nein; was aber mehr ist, ist von Übel.“ Wir hätten den Antrag eigentlich kommentarlos ablehnen können, meine Herren von der AfD. Natürlich lehnen wir ihn ab, Asylbewerber zur Durchführung gemeinnütziger Tätigkeiten der Stadt Karlsruhe zu verpflichten und ein entsprechendes Konzept vorzulegen, mit einem wenig mehr als nur einem Nein, aber wohlwissend, dass wir bei Ihnen damit auf taube Ohren stoßen und Sie sich insgeheim auf die Schenkel klopfen, weil wir Ihnen und Ihrer Taktik vermeintlich auf den Leim gehen und dem Spaltpilz der Gesellschaft weiter Raum geben. In der Tat beschäftigen Sie Verwaltung und Gemeinderat im Übermaße mit Anträgen, die Ihrem Menschen- und Weltbild entsprechen. Lösungsorientierte Substanz vermag ich allerdings keine zu erkennen. Das ist aber auch gar nicht beabsichtigt.

Einordnen will ich den Vorstoß aber dennoch kurz. Erstens, der Antrag ist nicht mehr und weniger als ein weiterer Schritt auf Ihrem Weg, die Stadtgesellschaft weiter auseinanderzubringen, Personengruppen gegeneinander auszuspielen, Verunsicherung zu schaffen. Den bisherigen Höhepunkt des infamen Spiels haben Sie ja mit Ihrer Aktion des Abschiebetickets erreicht und damit massive Ängste bei vielen Menschen in unserer Stadtgesellschaft hervorgerufen, aber dazu in der kommenden Gemeinderatssitzung mehr. Zweitens, unabhängig von Stoßrichtungen, der Inhalt Ihres Antrags, da hätte zumindest der erste Spiegelstrich gar nicht auf die Tagesordnung kommen dürfen. Und Sie können sich bei der Verwaltung bedanken, dass diese dennoch darauf eingehen, auf Karlsruher Verhältnisse übersetzt. Also im Wortlaut beantragen Sie die Erarbeitung eines Konzepts zur koordinierten Beschäftigung von Asylbewerbern, in das die Städte und Gemeinden des Landkreises Konstanz einbezogen werden. Dass wir als Stadt Karlsruhe, Konstanz und andere Kommunen am Bodensee in unsere kommunalpolitischen Entscheidungen einbeziehen, ist mir neu, aber Schwamm drüber. Solche handwerklichen Fehler können passieren, wenn man die

Kommunalparlamente des Landes mit derartigen Anträgen flutet. Drittens, der Antrag ist auch vor dem Hintergrund ein blamabler Rohrkrepierer, da aufgrund des Karlsruher LEA-Privilegs für die von Ihnen geforderten Arbeitsgelegenheiten lediglich drei Personen infrage kämen. Da hätten Sie dann doch lieber die Teilnahme an einer Skatrunde beantragen sollen.

Auf weitere Inhalte kann und will ich jetzt nicht eingehen, dazu reicht die Zeit nicht, sondern abschließend unterstreichen, wir bekennen uns wie die überwältigende Mehrheit des Hauses zu Karlsruhe als tolerante, weltoffene und vielfältige Stadt, und die wollen wir gemeinsam in eine gedeihliche Zukunft weiterentwickeln. Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen und sehen dazu unsere Angebote der Integrationsarbeit als unerlässlich an. Die sollten wir steigern und in den Fokus rücken, mit den dabei unerlässlichen Schlüsselbegriffen Bildung und Herzensbildung, ich danke Ihnen.

**Stadtrat Nguyen (Volt):** Dieser Antrag schließt eigentlich an mit dieser rassistischen Unterstellung, dass Ausländer im Grunde genommen faul sind. Aus unserer Sicht ist dieser Antrag auch nichts anderes als Zwangsarbeit, Verpflichtung zur Zwangsarbeit. Dass es dabei hohe Verwaltungskosten gibt, auch für die Stadt, das wird gar nicht berücksichtigt. Wir hatten ja auch in der Vergangenheit schon diese 1-Euro-Jobs, die haben ja nicht so gut geklappt. Warum sollten jetzt 80-Cent-Jobs auf einmal besser sein? Und wir sehen auch bei Menschen mit Behinderung mit schlechter Bezahlung, wie gut sie dann in den Arbeitsmarkt integriert werden. Also deswegen ist das alles strikt abzulehnen.

Gemeinnützige Arbeit kann natürlich auch sehr sinnstiftend sein, aber in dieser Form ist dann der Switch in die reguläre Arbeit schwer, weil man dann daran gehindert wird, eventuell nach Jobs zu suchen oder auch eine Sprache zu erlernen, aber eine ehrenamtliche Mitwirkung auf Freiwilligenbasis, das wiederum, das könnte man befürworten. Aber dafür gibt es ja in Karlsruhe auch schon die MitMachZentrale. Das könnte man auch ausweiten, wie in Oldenzaal in den Niederlanden, wo dann auch aktiv vermittelt wird. Das hier wäre ein konstruktiver Lösungsvorschlag und nicht dieser Antrag. Ehrenamtliche Arbeit, das heißt natürlich auch soziale Kontakte knüpfen und bessere Deutschkenntnisse und auch Wertschätzung, aber das langfristige Ziel, das habe ich vorhin auch schon gesagt, müsste eigentlich sein, dass wir die Menschen so schnell wie möglich in sozialversicherungspflichtige Arbeit kriegen.

Ich schließe mich jetzt den Ausführungen der Vorredner\*innen an, dass das alles menschenfeindlich ist, und und auch wenn es ein Stöckchen ist, das hier uns hingehalten wird, das müssen wir ernst nehmen, weil wohin das führt, das musste ich am eigenen Leibe vor zwei Wochen erfahren, am helllichten Tage auf dem Europaplatz, dass ich hier als Mitglied des Gemeinderates ein Abschiebeticket überreicht kriege mit der Aufforderung, Deutschland zu verlassen. Und das ist einfach eine Schande für Karlsruhe, und Sie sollten sich alle schämen, weil Sie zielen genau darauf ab, auch wenn Sie immer wieder sagen, hey, Menschen wie mich, wir meinen Sie gar nicht, aber die Menschen auf der Straße, die wirklich Ihr Sprech übernehmen, die unterscheiden nicht. Keiner fragt vorher, ob ich einen deutschen Pass habe oder nicht. Und man diskriminiert einfach, und deswegen gilt es einfach zu verurteilen. Wir müssen auch als Gemeinderat hier ein Signal setzen, und deswegen unterstützen wir auch, dass diese Resolution im März dann auch hierüber abgestimmt wird, vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
5. März 2025